

## **Bericht des Gemeinderats**

### **Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Giovanna Battagliero, SP) vom 1. Juni 2006: „Internet-Sozialführer“ für die Stadt Bern (06.000153)**

In der Stadtratssitzung vom 25. Januar 2007 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

In der Stadt Bern gibt es im Sozialbereich zahlreiche Ämter, Einrichtungen, Anlaufstellen und sonstige Hilfsangebote, die auf die vielfältigen Probleme zugeschnittene Dienstleistungen anbieten.

Zurzeit sind die Informationen über all diese Angebote und Stellen nirgends zusammengefasst und zum Teil schwierig und nur mit erheblichem Zeitaufwand zu finden. Auf der Internetseite der Stadt Bern sind zwar viele Angaben enthalten, aber unter verschiedenen Rubriken verteilt. Es sind zum Beispiel mindestens 3 Schritte nötig, um herauszufinden, dass es in Bern-West eine Beratungsstelle gibt, an die sich Kinder, Jugendliche und Eltern bei familiären Schwierigkeiten und bei Fragen der Alltagsgestaltung wenden können. Egal welche Einrichtung man sucht, der 1. Schritt von der Startseite aus ist der schwierigste. Zuerst muss auf den zu allgemein formulierten Link „Stadt – Verwaltung und Politik“ geklickt werden, bevor der verständlichere Titel „Leben in Bern“ mit einer Auflistung von Unterkategorien erscheint. Auch unter dem Link „Neu zuziehen“ findet sich kein Zusammenschluss von diesbezüglichen Angaben.

Es entspricht deshalb einem ausgewiesenen Bedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger sowie der im Sozialbereich Tätigen, dass die Informationen über alle Ämter, Organisationen, Institutionen, Anlaufstellen, Quartiereinrichtungen etc. im Sozialbereich zusammengefasst und zumindest elektronisch, d.h. mit einem Link in die Internetseite der Stadt Bern integriert werden.

Dieser „Internet-Sozialführer“ sollte in Listenform (pdf) erstellt und in Rubriken (z.B. „Alter“, „Behinderung“, „Integration“, „Jugendliche“, „Krankheit“ etc.) unterteilt werden. Unter diesen Rubriken sollten dann die jeweiligen Stellen mit einer kurzen Beschreibung (z.B. „Über uns“), der Adresse, den Telefon- und Faxnummern, dem Verweis auf eine allfällige E-Mail-Adresse und Internetseite sowie den Öffnungszeiten aufgeführt werden.

Der Einstiegslink mit entsprechendem Titel (z.B. „Soziales“) sollte in die Startseite des Internetauftritts der Stadt Bern eingefügt werden. Ob in Form eines weiteren Links (nebst „Aktuell“, „Gemeinderat“ etc.) unter dem wie gesagt nicht optimalen Titel „Stadt – Verwaltung und Politik“ oder separat mit einem Bild, analog den Kategorien „Tourismus“, „Kultur“, „Sport“ und „Wirtschaft“, muss noch geprüft werden.

Eine solche Informationssammlung wäre für alle Bürgerinnen und Bürger und dabei insbesondere für Hilfesuchende sehr wichtig, gleichzeitig aber auch den Fachleuten aus Verwaltung und sozialen Einrichtungen dienlich.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten zu prüfen, wie ein „Internet-Sozialführer“ in die Startseite des Internetauftritts der Stadt Bern integriert werden kann.

Bern, 1. Juni 2006

*Postulat Fraktion SP/JUSO* (Miriam Schwarz/Giovanna Battagliero, SP), Andreas Krummen, Gisela Vollmer, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Christof Berger, Thomas Göttin, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Michael Aebbersold, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Ursula Marti, Corinne Mathieu

### **Bericht des Gemeinderats**

Der Internetauftritt der Stadt Bern wurde in den vergangenen Monaten verschiedentlich als verbesserungswürdig kritisiert. Die sehr umfassenden Informationen sind teilweise uneinheitlich geordnet und nicht immer leicht auffindbar. Dies betrifft verschiedene Bereiche des Auftritts. Unter der Leitung des Informationsdiensts arbeitet zurzeit eine aus den Verwaltungsdirektionen, der Stadtkanzlei und dem Ratssekretariat zusammengesetzte Gruppe an Verbesserungen des Internetauftritts auf [www.bern.ch](http://www.bern.ch).

Auch das vorliegende Postulat konstatiert nicht einen Mangel an Informationen über die sozialen Einrichtungen und Angebote, sondern kritisiert deren Gliederung und Auffindbarkeit auf der Web-Seite der Stadt Bern. Bei der Sichtung der bestehenden Orientierungshilfen (Schtibäng, Obdachlosenführer, nimmergrün) zeigte sich, dass die technische Lösung für eine optimierte und einheitliche Auffindbarkeit von Daten bereits besteht. Innerhalb der technischen Applikation von [www.schtibaeng.ch](http://www.schtibaeng.ch), des Internet-Wegweisers des Jugendamts, könnte eine Übersicht über sämtliche relevante Angebote im Sozialbereich erarbeitet werden. Der entsprechende Sozialführer könnte über die Startseite [www.bern.ch](http://www.bern.ch) zentral verlinkt werden. Damit bliebe den Anwenderinnen und Anwendern aufreibende Suchaktionen erspart.

Diese Lösung würde als Datensuchmaschine mit zwei Zugängen funktionieren:

- Einerseits kann über strukturierte Rubriken eine Auflistung spezifischer Angebote nach Themen oder Zielgruppen abgerufen werden;
- Andererseits können die Nutzerinnen und Nutzer über die Eingabe von Suchbegriffen direkt zu Adressen geführt werden, welche dem Interesse der Suchenden entsprechen. Die aufgefundenen Daten werden mit Angabe der entsprechenden Rubrik und einem Link dazu aufgelistet, so dass auch weitere Angebote im gleichen Kontext schnell auffindbar sind.

Die Daten können der jeweiligen Anfrage entsprechend aufbereitet und dargestellt werden. Dabei handelt es sich um Institutionen und Angebote mit Angabe von Adresse, Telefon, Internetauftritt und E-Mail (wenn vorhanden) sowie einem direkten Link auf den Stadtplan, der die Orientierung beim Auffinden der jeweiligen Angebote erleichtert.

Eine Arbeitsgruppe der Verwaltung (vertreten sind unter anderem das Jugendamt, das Sozialamt und das Amt für Kinder- und Erwachsenenschutz) erarbeitet derzeit die genauen Spezifikationen zur Aufnahme von Daten und zu den Rubriken. So wird noch zu klären sein, inwiefern und wie detailliert Angebote aus dem Bildungs- und Gesundheitsbereich enthalten sein sollen.

*Folgen für das Personal und die Finanzen*

Das Postulat ist im Rahmen der bereits bestehenden Internet-Strukturen und mit den vorhandenen personellen Ressourcen zu realisieren. Es resultiert kein Mehrbedarf an Personal oder Finanzen.

Bern, 23. Januar 2008

Der Gemeinderat